

# Stolperer Post

Tageszeitung  
für Stadt und Land



Ämtliches  
Publications-Organ

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6spaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten im Stadtbezirk Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachschlag, die 6spaltene Reklamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nr. 210

Stolp, Donnerstag, den 8. September 1927

51. Jahrgang

## Die Verhandlungen in Genf.

### Um den polnischen Paktvorschlag.

Polen ängert sich amtlich.

Um in der Presse verbreitete ungenaue Nachrichten über den polnischen Paktvorschlag richtig zu stellen, teilt das polnische Außenministerium mit, daß die polnische Delegation in der Vollversammlung des Völkerbundes die Idee eines allgemeinen Nichtangriffspaktes zur Erörterung stellen werde. Ueber die Form des Paktes könne gegenwärtig, bevor die Vollversammlung ihr Wort gesprochen habe, schwer etwas gesagt werden. Doch solle dieser Pakt eine Erweiterung der Völkerbundsatzung darstellen, die aus den internationalen Beziehungen einen Krieg vollkommen ausschließen. Einem solchen allgemeinen Nichtangriffspakt könnten alle Mitglieder des Völkerbundes beitreten, allenfalls auch Staaten, die nicht zum Völkerbund gehören. Es sei klar, daß ein solcher Pakt gegen niemanden gerichtet sein würde, und einzig die Festigung gegenseitigen Vertrauens zum Zwecke hätte.

Der Wortlaut des Paktes bekanntgegeben.

Der Führer der polnischen Delegation, Sosal, hat in Genf gestern Abend Briand und später in einer besonderen Besprechung den Vertretern der Kleinen Entente und einiger baltischer Staaten den Wortlaut der in den letzten Tagen lebhaft besprochenen polnischen Initiative bekannt gegeben. Der polnische Resolutionsentwurf geht von einer Empfehlung der diesjährigen Völkerbundsversammlung auf erweiterte Anwendung von Schiedsgerichtsverträgen, ähnlich dem in Locarno abgeschlossenen, aus und erklärt dann jeden Krieg als „außer den Geheben stehend“. Mit dieser Formel werde an eine Verabständigung des Artikels 15 des Völkerbundsstatutes gedacht, der in einem Konfliktfall, über den kein einstimmiger Spruch des Völkerbundes erreicht werden kann, den Mächten die Verantwortung zur Erreichung solcher Maßnahmen gibt, die ihnen für die Verteidigung ihres Rechtes notwendig erscheinen. Ueber die neue polnische Formel fand am gestrigen Spätabend auch bereits ein Gedankenaustausch zwischen der englischen und der französischen Delegation statt.

Der Antrag an Dr. Stresemann und Chamberlain übermittelt.

Der polnische Delegierte Sosal hat heute mittag Dr. Stresemann offiziell den polnischen Resolutionsentwurf überreicht. Die maßgebenden Mitglieder der polnischen Delegation sind noch zu einer Besprechung zusammengetreten. Heute mittag um 1 Uhr suchte der französische Außenminister Briand Dr. Stresemann zu einer kürzeren Unterredung auf. Eine offizielle Stellungnahme der deutschen Delegation zu den polnischen Vorschlägen liegt noch nicht vor. Der polnische Resolutionsentwurf wird heute Abend dem Präsidium der Vollversammlung des Völkerbundes überreicht werden. Der Zeitpunkt für den Beginn der Debatte über den polnischen Antrag ist noch nicht festgesetzt worden. Sosal hat gegen Mittag auch dem englischen Außenminister Chamberlain offiziell den polnischen Resolutionsentwurf überreicht. Briand war der Entwurf bereits gestern Abend überreicht worden. Der Entwurf, der mit einer Präambel beginnt, und sich in allgemeinen Gedankengängen bewegt, weist darauf hin, der Moment sei gekommen, um die Diskussion über die allgemeine Sicherheit wieder aufzunehmen und eine Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens zwischen den Mitgliedern des Völkerbundes zu schaffen. In dieser Atmosphäre müßte der Gedanke erörtert werden, auf welche Weise der Krieg als Mittel der Austragung von Differenzen endgültig ausgeschaltet und außerhalb des Gesetzes gestellt werden könne.

Der Antrag vor den Juristen.

Gegenwärtig finden fortlaufend Verhandlungen zwischen den juristischen Sachverständigen der einzelnen Delegationen über die endgültige Formulierung des polnischen Entschlusses vor. Heute nachmittag traten Ministerialdirektor Dr. Gauß, Lord Cecil Hurst und Fromageot zu Einzelbesprechungen zusammen, über die Stellungnahme zu dem polnischen Vorschlag in der gegenwärtig vorliegenden Formulierung in den von uns bereits verbreiteten Gedankengängen. Ein Hinweis auf Artikel 15 des Völkerbundsstatutes befindet sich nicht in der Resolution, ebensowenig der Gedanke des Abschlusses eines Nichtangriffspaktes. Dagegen wird die Resolution aller Voraussicht nach in ihren wesentlichen Bestimmungen den Wunsch nach einer Ausdehnung der Gedanken des Locarnopaktes auch auf andere Staaten enthalten. Jedoch wird die Resolution keine verbindende Erklärung bringen, sondern nur den allgemeinen Wunsch der Vollversammlung, auf Reue der Beziehungen unter den Staaten nach den Gesichtspunkten des Locarnopaktes auszudrücken. In der Resolution werden die Gedankengänge in allgemeiner Fassung zum Ausdruck kommen und sodann von der Vollversammlung

zur Kenntnis genommen werden. Die Teilnahme des deutschen juristischen Sachverständigen Dr. Gauß an den Besprechungen über den polnischen Vorschlag kann im Gegensatz zu Meldungen aus französischer Quelle nicht dahin gedeutet werden, daß die deutsche Delegation irgendeiner Formulierung zustimmt, die möglicherweise einer Ausdehnung der Locarno-Verträge auf die Verhältnisse im Osten gleichkommen würde. Moskau und der polnische Vorschlag.

Wie aus Moskau berichtet wird, hat in dortigen diplomatischen Kreisen das polnische Garantieverlangen in Genf das größte Aufsehen erregt. Eine Stellungnahme der Sowjetregierung hierzu liegt jedoch bisher nicht vor, da sich die Regierung, um die russisch-polnischen Verhandlungen nicht zu gefährden, größter Reserve bedient. Wie verhandelt, haben jedoch inzwischen die ukrainische Regierung und die wehrnützige Regierung ihrer Besorgnis über das polnische Paktangebot in Moskau Ausdruck gegeben und auch auf die Gefahren hingewiesen, die ein etwaiger Erfolg des polnischen Projektes für Sowjetrußland haben würde. Die ukrainische Regierung hat, wie berichtet wird, besonders darauf aufmerksam gemacht, daß der polnische Vorschlag geeignet sei, die freundschaftlichen Beziehungen Sowjetrußlands zu Polen auf das schwerste zu gefährden. Der polnische Vorschlag ließe darauf hinaus, daß die in Polen lebende ukrainische Minderheit, die bekanntlich von den Polen auf das schwerste bedrückt werde, endgültig zu Polen zu schlagen und damit drei Millionen 900 000 Ukrainer auf alle Zeiten unter polnische Diktatur gestellt werden. Ebenso hat die wehrnützige Regierung ihre Bedenken dahin formuliert, daß Wehrnützland sich mit einer etwaigen Annahme der polnischen Vorschläge in Genf auf keinen Fall abfinden könnte, da hierdurch 1 000 000 Wehrnützler unter dauernde polnische Herrschaft kämen. Die beiden Erklärungen haben in Moskau sichtlich Eindruck gemacht. Man erwartet, daß der polnische Vorschlag die polnisch-russischen Verhandlungen über den Abschluß eines Garantiepaktes bedeutend erschweren wird. Eine offizielle Stellungnahme wird für die nächsten Tage erwartet.

### Sitzung der Völkerbundsversammlung.

Schweden und die Nordstaaten für den holländischen Antrag.

Auf der Rednerliste der heutigen Vormittagsitzung stehen die Delegierten von Finnland, Estland, Lettland, Dänemark, Columbia und Schweden. In der Sitzung sind sämtliche erste Delegierten anwesend. Man sieht Chamberlain, Briand und Stresemann. Als erster sprach der finnische Delegierte Erich, der erklärte, der gestrige Antrag des holländischen Außenministers werde von der finnischen Regierung warm begrüßt. Er bedeute eine Wiederbelebung der großen Ideen, die von Anfang an die Tätigkeit des Völkerbundes bestimmt hätten. Die Gedanken des Genfer Protokolls seien nicht tot. Es bestehe heute noch immer die Möglichkeit, den Gedanken der internationalen Sicherheit auf eine breitere Basis zu stellen, jedoch bedürfe der Antrag der holländischen Regierung einer ernsthaften und eingehenden Prüfung. Im Verlauf der Sitzung sagte der estnische Außenminister dem Völkerbund für die finanzielle Unterstützung seines Staates Dank. Nach ihm kamen die Außenminister Lettlands und Schwedens zu Wort, die die Völkerbundsarbeit einer äußerst scharfen Kritik unterzogen. Der lettische Außenminister betonte, daß die Völkerbundsleistungen zur Friedenssicherung nur sehr gering seien. Man spreche viel, während überall aufs stärkste gerüstet werde. Die Friedensverträge hätten mehrere Großstaaten zur Abrüstung gezwungen und doch übersteige die Zahl der aktiven Truppenbestände die Rüstungsstärke von 1914. Auf dem Gebiet der Luft- und Gaswaffen habe man in letzter Zeit die Rüstungen überaus verstärkt. Dazu käme noch erschwerend hinzu, daß zwischen den einzelnen Staaten Konfliktstoffe wieder angesammelt seien, die sich immer mehr verstärken. Der schwedische Außenminister Losgren stellte fest, daß die Friedensarbeit des Völkerbundes gegenüber den Jahren 1924—1925, wo bei der Regelung des griechisch-bulgarischen Konfliktes und des Mosul-Streites wirklich etwas getan worden sei, in letzter Zeit bedenklich nachgelassen habe. Das Abrüstungsproblem sei vom Völkerbundsrat wie vom Völkerbund so träge behandelt worden, daß überall, vor allem in den kleineren Staaten, eine tiefe Enttäuschung über die Tätigkeit des Völkerbundes herrsche. Große politische Konflikte in Europa seien vom Völkerbund noch nicht bereinigt worden. Der schwedische Außenminister erklärte mit Nachdruck, daß die außerordentlich ernste Weltlage den Wiederzusammentritt der vorbereitenden Abrüstungskonferenz und die baldige Einberufung der Weltabrüstungskonferenz gebiete. In diesem Sinne sah sich die schwedische Regierung veranlaßt, den holländischen Antrag nachdrücklich zu unterstützen.

### Die Gefahr bleibt bestehen!

Berlin, 7. September. Die am heutigen Spätabend aus Genf vorliegenden Nachrichten sind so widerspruchsvoll, daß es sehr schwer ist, sich ein einigermaßen zutreffendes Bild zu machen. Sicher ist allerdings, daß das gestern Befürchtete bereits eingetreten ist: die Diskussion über die Frage des „Nichtangriffspaktes“ oder über die „Wiederbelebung des Genfer Protokolls“ ist in vollen Gange. Der ganz unerwartet gefommene holländische Vorstoß hat eine Situation geschaffen, die es auch den deutschen Vertretern anscheinend unmöglich macht, sich einer Erörterung der aufgeworfenen Frage zu entziehen. So muß man denn mit sehr gemischten Gefühlen vernehmen, daß Dr. Stresemann wahrscheinlich übermorgen in der Sitzung der Vollversammlung zu diesem Thema das Wort ergreifen wird. Ob die holländische Forderung nach einer Ergänzung der Völkerbundsatzungen im Sinne des Genfer Protokolls auf ein zwischen Frankreich, Polen und den kleineren Nationen abgekartetes Spiel zurückzuführen ist, mag vorläufig dahingestellt bleiben. Unwahrscheinlich ist diese Annahme nicht, zumal nach einer Meldung die französische Delegation bereits vorgestern von den holländischen Absichten unterrichtet gewesen sein soll. Ganz außer Zweifel steht aber, daß der holländische Vorstoß sich praktisch durchaus im Sinne des französisch-polnischen Ost-Locarno-Plottzes auswirkt und den Franzosen und Polen geradezu die Wege geebnet hat. Es muß daher aufs schärfste gebrandmarkt werden, daß die deutsche Linkspresse den holländischen Vorschlag nicht nur in geradezu begeisterten Kommentaren feiert, sondern auch direkt behauptet, daß der holländische Plan den Interessen Deutschlands besonders diene. Es heißt das, der deutschen Delegation geradezu in den Rücken fallen. Sowohl der holländische wie der polnische Vorschlag, die in ihrer praktischen Auswirkung so identisch sind, scheinen gegenwärtig Gegenstand eines sehr lebhaften vertraulichen Verhandlungskampfes zwischen den einzelnen Delegationen zu sein. Die Berichte darüber sind außerordentlich verworren. Nach der einen Lesart soll es den Engländern gelungen sein, die Polen zu sehr wesentlichen Abstrichen in ihrem Programm zu bewegen. Bekanntlich stand ursprünglich in dem polnischen Vorschlag die Forderung, daß sich alle Völkerbundsmitglieder zu einem Nichtangriffspakt verpflichten sollen. Dieser Begriff des Nichtangriffspaktes soll jetzt auf Betreiben der Engländer aus dem polnischen Vorschlag wieder verschwunden sein. Außerdem soll die polnische Delegation auf ihre Forderung verzichtet haben, daß sich die Völkerbundsmitglieder einer obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit zu unterwerfen hätten. Statt dieser verpflichtenden Formel soll die polnische Resolution jetzt auch in diesem Teil nur den allgemeinen Vorschlag enthalten, daß sich die Völkerbundsmitglieder zur schiedsgerichtlichen Lösung ihrer Streitigkeiten „bestimmen“ sollen. Es mag, vorausgesetzt, daß der polnische Vorschlag tatsächlich diese Abänderung erfahren hat, vielleicht zutreffen, daß dem polnischen Plan damit die schlimmsten Mängel abgehoben sind. Den polnischen Vorstoß deshalb aber schon als „ganz gescheitert“ anzusehen, wie dies ein Genfer Berichterstatter tut, scheint uns doch wohl etwas sehr voreilig.

### Zum Flaggenstreit.

Braun gegen Reichsminister Koch.

Berlin, 7. September. Der preussische Ministerpräsident Dr. Braun hielt heute in Altona eine Rede, in der er in Erwiderung auf Ausführungen, die Reichsverkehrsminister Dr. Koch am vergangenen Sonntag in Stettin unter Bezugnahme auf die Stellungnahme des Ministerpräsidenten zum Flaggenstreit machte, u. a. erklärte: Herr Minister Koch glaubt mich darüber belehren zu müssen, daß auch die Verfassung der Republik schwarz-weiß-rote Handelsflagge mit Schwarz-Rot-Gold nur in kleinem Feld, wie er sich ausdrückt, vorsteht. Daß die Verfassung wie andere, auch diese bedauerliche Halbheit enthält, ist mir bekannt, bekannt ist mir auch, daß diese Handelsflagge, die wegen der besseren Sichtbarkeit nur für die Seeschiffe bestimmt ist, auch von Nichthandelschiffen aller Art auf Binnengewässern zur Behandlung ihrer Abneigung gegen die schwarz-rot-goldene Reichsflagge mißbraucht wird. Mir ist auch bekannt, obwohl die Reichsverfassung nur die schwarz-rot-goldene Nationalflagge und die schwarz-weiß-rote Handelsflagge mit Gösch kennt, eine schwarz-weiß-rote Kriegsflagge existiert, die ich für verfassungswidrig ansehe. Das hat aber alles mit dem neuerlichen Streit über die Nationalflagge nichts zu tun. Denn für die Berliner Hoteliers und andere Staatsbürger, wie für die Gemeindeverwaltungen, kommt weder die Handelsflagge noch die Kriegsflagge in Frage. Wenn Herr Minister Koch aber ausführt, es sei selbstverständlich, daß die Reichsflagge geachtet werden müßte, weil sie verfassungsmäßig seien, und gleichzeitig hervorhebt, daß ein Teil des deutschen Volkes, zu dem er sich wohl auch rechnet, in den Farben schwarz-weiß-rot eine gerade heute lebendige und in die Zukunft weisende Mahnung sehe, so muß ich daraus entnehmen, daß Herr Koch und seine Parteifreunde die verfassungsmäßigen





